

Die Casting-Agentur, die plötzlich Raketen baute

geschrieben von Redaktion | 20. November 2025



Seit fast vier Jahren eint ein Narrativ den Westen: Die Ukraine kämpft nicht nur um ihr Überleben, sondern für unsere Werte. Demokratie gegen Autokratie. Rechtsstaat gegen Willkür. Wer Zweifel an der Verwendung der Hilfgelder äusserte, galt schnell als «Putin-Versteher» oder Zyniker. Doch nun holt die Realität die Rhetorik ein. In Kiew ist ein Skandal explodiert, der nicht mehr als russische Propaganda abgetan werden kann. Er trifft das System Wolodimir Selenski direkt ins Herz.

Die ukrainischen Antikorruptionsbehörden NABU und SAP nennen es «Operation Midas». Der Name ist zynisch gewählt. Alles, was die Verdächtigen anfassten, wurde zu Gold – allerdings in ihre eigenen Taschen. Es geht um Veruntreuung im Energiesektor, um Rüstungsdeals und um ein Netzwerk, das bis ins Büro des Präsidenten reicht.

Vom Filmset ins Rüstungsgeschäft

Das wohl absurdeste Beispiel dieses Systems ist die Firma «Firepoint». Vor dem Krieg war das Unternehmen in der Unterhaltungsbranche tätig. Es organisierte Castings und Filmproduktionen, eng verwoben mit «Quartal 95» – jener Comedy-Truppe, mit der Selenski berühmt wurde.

Mit dem Kriegsausbruch vollzog die Firma eine wundersame Wandlung. Die Casting-Agentur mutierte über Nacht zum Rüstungskonzern. Plötzlich erhielt Firepoint millionenschwere staatliche Aufträge für Drohnen und Raketen. Ein Vorzeigeprodukt war die Rakete «Flamingo». Sie wurde als hochmoderne Innovation präsentiert. Spätere Ermittlungen legten den Verdacht nahe, dass die PR-Präsentation aus

zusammengeschnittenem Filmmaterial der 1960er Jahre bestand, aufgehübscht mit Computergrafiken.

Das Muster ist klassisch: Eine Firma ohne Expertise, aber mit den richtigen Kontakten, greift Staatsgelder ab. In Friedenszeiten wäre das ein Skandal. Im Krieg, wo jede Patrone zählt, ist es Verrat.

Der Mann im Schatten

Alle Fäden laufen bei einem Mann zusammen: Tymur Mindich. In den westlichen Medien ist sein Name kaum bekannt, in Kiew kennt ihn jeder. Mindich ist kein zufälliger Geschäftsmann. Er ist Miteigentümer von «Quartal 95» und ein langjähriger Weggefährte des Präsidenten. Man kennt sich, man vertraut sich.

Ermittlungsakten, die nun an die Öffentlichkeit gelangten, zeichnen das Bild eines Mannes, der als informelle Schaltstelle fungierte. Über Mindich und seine Vertrauten sollen Gelder aus dem Energiesektor umgeleitet worden sein. Es geht um Kickbacks, überhöhte Rechnungen für Generatoren und fingierte Reparaturkosten an Stromnetzen.

Als die Ermittler der «Operation Midas» zuschlugen, war Mindich bereits weg. Er verliess das Land, kurz bevor die Razzien begannen. Ein Zufall? Wohl kaum. Kritiker vermuten, dass Informationen aus dem Sicherheitsapparat durchgestochen wurden.

Symbolpolitik statt Konsequenzen

Die Reaktion des Präsidenten folgte dem Drehbuch des politischen Überlebens. Selenski verhängte Sanktionen gegen seinen ehemaligen Partner Mindich. Das klingt entschlossen. Bei genauerem Hinsehen wirken die Massnahmen jedoch wie ein Feigenblatt.

Regierungsstellen hatten zehn Jahre Sanktionen gefordert. Selenski unterschrieb für drei. Wichtiger noch: Da Mindich und sein Partner Boris Zuckermann auch israelische Pässe besitzen und sich im Ausland befinden, greifen die Massnahmen oft ins Leere. Es gibt keine Einreiseverbote, die das Geschäft im Ausland verhindern würden. Kritische Stimmen im ukrainischen Parlament, wie der Abgeordnete Jaroslaw Schelesniak, sprechen offen von einer «Show für die Öffentlichkeit».

Es scheint, als wolle man den Skandal politisch beerdigen, ohne die Strukturen zu zerschlagen. Denn diese Strukturen sind alt. Die «Pandora Papers» hatten bereits 2021 enthüllt, wie eng Selenski und sein Umfeld über Offshore-Firmen finanziell verflochten waren. Der Krieg hat diese Netzwerke nicht zerstört. Er hat sie nur mit frischem Geld geflutet.

Das Schweigen in Brüssel

Die eigentlich brisante Frage lautet: Was macht die EU? Während in Kiew die Ermittler Protokolle über mutmassliche Schmiergelder schreiben, werden in Brüssel neue Hilfspakete geschnürt. Die Europäische Union betont zwar stets die Notwendigkeit von Reformen. Doch faktisch fliessen die Milliarden weiter, ohne dass echte Transparenzmechanismen greifen.

Für die Schweiz und Europa ist das eine unbequeme Wahrheit. Wir finanzieren einen Staat, dessen interne Kontrollmechanismen offensichtlich versagen. Wer jetzt nicht genau hinschaut, macht sich mitschuldig. Die Korruption in der Ukraine ist kein «Betriebsunfall» auf dem Weg nach Westen. Sie ist ein systemisches Problem, das durch die riesigen Geldströme des Krieges noch befeuert wird.

Die Ukraine führt zwei Kriege. Einen gegen die russische Aggression an der Front. Und einen zweiten gegen die Gier in den eigenen Reihen. Es ist nicht sicher, ob sie den zweiten gewinnen kann, solange

ihre Verbündeten aus Angst vor schlechten Schlagzeilen beide Augen zudrücken.